

## PRESSE Information

Liebe Kolleginnen und Kollegen,  
nachfolgend bieten wir Ihnen eine Meldung an.  
**Sven Giegold, Finanzexperte der Grünen-Fraktion im Europaparlament**, gab heute, 08.07.15, dem Südwestrundfunk ein Interview zum Thema **Nach dem Euro-Gipfel zu Griechenland**. Das „SWR2 Tagesgespräch“ führte Geissler.

Mit freundlichen Grüßen  
Zentrale Information

**SÜDWESTRUNDFUNK**  
Anstalt des öffentlichen Rechts  
Radio · Fernsehen · Internet

Chefredaktion Hörfunk  
Zentrale Information  
**SWR Tagesgespräch**  
**Postadresse** 76522 Baden-Baden  
**Hausadresse** Hans-Bredow-Straße  
76530 Baden-Baden

**Telefon** 07221/929-23981  
**Telefax** 07221/929-22050

**Internet** [www.swr2.de](http://www.swr2.de)

**Datum:** 08.07.2015

### **Giegold (GRÜNE) zu Griechenland-Verhandlungen: Umschuldung wäre Gebot wirtschaftlicher Vernunft**

**Baden-Baden: Der Finanzexperte der Grünen-Fraktion im Europa-Parlament, Sven Giegold, hält es für angebracht, dass die Euro-Zone auf griechische Wünsche nach einer Umschuldung eingeht. Im Südwestrundfunk (SWR) sagte Giegold, dieses Thema werde unter anderem von Bundeskanzlerin zu Unrecht als Thema „für die lange Frist“ abgetan. Tatsache sei, dass ohne Umschuldung schon heute keine Investitionen in Griechenland zu erwarten seien. Potenzielle Investoren würden abgeschreckt, wenn sie befürchten müssten, „dass das ganze Theater in Kürze wieder losgeht“. Eine Kombination aus Umschuldung und Strukturreformen könne dagegen Griechenland wieder auf einen Wachstumsweg bringen.**

### **Wortlaut des Live-Gesprächs:**

**Geissler: Ein Gipfel ohne Beschlüsse weil ohne Verhandlungsgrundlage. War das rausgeschmissenes Geld dieses Treffen gestern Abend, oder hatte das doch schon Substanz in Ihren Augen?**

Giegold: Ehrlich gesagt, das hinterlässt einen natürlich auch ein wenig ratlos. Die Diskussion ist aber so zu sehen: Es sind ja Vorschläge vorgelegt worden, allerdings nicht schriftlich. Im Hintergrund ist auch, dass sich ja die griechischen Parteien im Grunde zusammengetan haben mit Ausnahme der Rechtsradikalen und der Kommunisten. Und offensichtlich gibt es auf dieser Basis nicht die Fähigkeit, wirklich alles detailliert darzustellen. Aber eins hat sich auch gezeigt: Dieser Modus, der immer wiederkehrenden Gipfeltreffen, so können wir in der Euro-Zone nicht weitermachen. Wir brauchen viel stärker gemeinsame und auch demokratische Institutionen. Es ist ja auch schon eine Art Zumutung, dass keiner ganz genau weiß, was da eigentlich besprochen worden ist. Das ist doch sehr intransparent und ineffizient.

**Geissler: Sie sagen, es gibt durchaus mündlich vorgetragene Vorschläge, aber kein Papier, kein geschlossenes alternatives Reformkonzept aus Athen in einer so dramatischen Situation und bei so einer Gelegenheit. Können Sie das nachvollziehen?**

Giegold: Richtig nachvollziehen kann ich es, wie gesagt, auch nicht. Der Hintergrund ist aber, wie gesagt, dass wir jetzt eine andere Konstellation haben nach dem Referendum, sondern die Opposition hat ihren früheren Ministerpräsidenten und ehemaligen Oppositionsführer ausgewechselt. Und auf diese Weise rücken die Kräfte in Griechenland zusammen. Das ist ein gutes Zeichen. Allerdings darf das nicht dazu führen, dass man sich jetzt wieder nicht traut, an die Klientele irgendeiner der Parteien heranzugehen, weil dann sind Reformen quasi unmöglich. Und das kann man nicht akzeptieren.

**Geissler: Über die Finanzierungswünsche aus Athen in der aktuellen Situation ist schon sehr viel Konkretes bekannt. Ministerpräsident Tsipras denkt offensichtlich an 40 Milliarden Euro aus dem Rettungsschirm ESM. Nur, Herr Giegold, wenn es streng nach den ESM-Regularien geht, dann wäre ja eine wesentliche Voraussetzung dafür, dass die Stabilität der Eurozone insgesamt in Gefahr sein soll. Ist sie das denn?**

Giegold: Also zunächst mal sind natürlich ganz erhebliche Gefahren auch für die Eurozone als Ganzes mit einem Aus von Griechenland verbunden. Denken Sie daran, dass wir auch eine Reihe weiterer Staaten haben, die hoch im Ausland verschuldet sind und für die ein Aus eines Landes bedeutet, dass es wenn es das nächste Mal Probleme gibt, sie ganz erheblich höhere Zinsen bezahlen müssen, weil man, sage ich mal, nach dieser Diskussion immer erwarten wird, dass ein Land doch ausscheiden könnte. Aber eins ist auch klar: Ich finde, einfach nur die Finanzierungslücke über ein neues ESM-Programm zu schließen, das wäre sicherlich zu wenig. Es muss effiziente Maßnahmen zur Besteuerung der Steuerhinterzieher geben. Ohne das fehlt dem Ganzen die Balance. Und das müssen die Europartner auch einfordern.

**Geissler: Das betrifft die Auflagen. Aber ich möchte noch mal zurück zu dieser Forderung ESM: Das zweite Kriterium für diese Hilfe wiegt ja nach Lage der Dinge noch schwerer. Es wären ja noch strengere Auflagen für die griechische Wirtschafts- und Finanzpolitik damit verbunden als beim letzten Verhandlungsstand Ende Juni. Haben Sie eine Vorstellung, wie Athen ausgerechnet das zusagen könnte nach dem Ausgang des Referendums?**

Giegold: Also klar ist, nach dem Referendum steht Athen nach innen gefestigt da, aber nach außen in der Verhandlungsposition geschwächt. Aber ich möchte mal deutlich machen: Die Frage der Besteuerung der Steuerhinterzieher ist keine Frage der langen Frist, sondern hier geht es auch um kurzfristige Finanzierungsmöglichkeiten. Wenn Athen endlich alle Steuersünder über 500.000 Euro ins Internet stellen würde und die europäischen Partner sich verpflichten würden bei der Suche nach dem Vermögen im Ausland zu helfen, dann könnte man auch recht kurzfristig große Summen mobilisieren. Die Steuerrückstände sind auf jeden Fall in einem erheblichen zweistelligen Milliardenbetrag. Und dieses Geld ist mobilisierbar, wenn man das im Ausland versteckte Kapital aufspürt.

**Geissler: Möglicherweise wäre das eine Chance, das zu relativieren, was Herr Tsipras ja auch verlangt, nämlich im Kern eine Umschuldung, einen neuen Teilerlass, einen Schuldenschnitt. Was meinen Sie, wird denn irgendeine Zusage in diese Richtung zur Umschuldung, wird das ein Ergebnis dieser letzten Verhandlungsrunde sein müssen, um überhaupt zu einer Lösung zu kommen?**

Giegold: Also das war natürlich der große Fehler des angeblich großzügigen vorherigen Angebots, was ja wieder nur aus Steuererhöhungen und Einsparungen bestand, die auch der Wirtschaft in Griechenland wieder geschadet hätten. Ohne eine Umschuldung gibt es kein Vertrauen, denn Investoren müssen ja befürchten, dass das ganze Theater in Kürze wieder losgeht. Das heißt also, die Kombination aus den Strukturreformen, die die langfristig wichtigen Fragen berühren, wie das Funktionieren des Staates und der Steuerverwaltung auf der einen Seite und eine Erleichterung bei den Schulden - das muss zusammengehören. Und man kann

nicht wie Frau Merkel sagen, die Umschuldung, das ist irgendetwas für die lange Frist. Das stimmt nicht, weil ohne eine Klärung der Überschuldungssituation gibt es auch keine Investitionen und keine Dynamik in Griechenland.

•

- Ende Wortlaut -

